



Bekanntmachung über beabsichtigte Ausschreibungen
(gem. § 20 Abs. 4 VOB/A)

Vergabeart	Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb
Vergabe-Nr.	2025-060-VB-BA-5420400
Ausschreibungsgegenstand	Bauleistung
Art und Umfang der Leistung	Errichtung Salzsilo ohne Gründung
Ort der Ausführung	Kreisstraßenmeisterei Güstrow, Parumer Weg 34, 18273 Güstrow
Ende der Bewerbungsfrist	19.01.2026
Voraussichtlicher Zeitraum der Leistungserbringung	schnellstmöglich
Nachweis der Eignung, Fachkunde und Leistungsfähigkeit	Die Eignungsunterlagen finden Sie auf den folgenden Seiten. Alle Bewerber werden aufgefordert, die geforderten Unterlagen vollständig ausgefüllt und unterschrieben einzureichen. Ein Anspruch auf Beteiligung am Wettbewerb besteht nicht.
Mindestanforderungen an die Leistung	Errichtung Salzsilo ohne Gründung
Sonstige Angaben	Die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung dient der Wahrung der Transparenz.
Bekanntmachung	Die Bekanntmachung der Ausschreibung erfolgt auf der Internetseite ☐ bi-Ausschreibungsdienste ☐ bund.de ☐ EU-Amtsblatt ☐ subreport-Vergabepattform ☒ landkreis-rostock.de
Beschaffungsstelle	Landkreis Rostock Außenstelle Bad Doberan -Vergabestelle- August-Bebel-Str. 3 18209 Bad Doberan Telefon +49 (0) 3843 / 755 - 10021 Telefax +49 (0) 3843 / 755 - 10810 E-Mail Kontakt: adriana.kunst@lkros.de
Datum der Veröffentlichung	08.01.2026

	Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt.	☐	☐
Falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, werde ich/werden wir ihn auf Verlangen vorlegen.			
		ja	nein
Angabe, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet	Mein/Unser Unternehmen befindet sich in Liquidation.	☐	☐

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt	Ich erkläre, Wir erklären, dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt, z.B. - wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB) - wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132 a STPO) - wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO) - rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen - Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) - Geldwäsche (§ 261 StGB) - Bestechung (§ 334 StGB) - Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) - Diebstahl (§ 242 StGB) - Unterschlagung (§ 246 StGB) - Erpressung (§ 53 StGB) - Betrug (§ 263 StGB) - Subventionsbetrug (§ 264 StGB) - Kreditbetrug (§265b StGB) - Untreue (§ 266 StGB) - Urkundenfälschung (§ 267 StGB) - Fälschung technischer Auszeichnungen (§ 268 StGB) - Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB) - wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§298 StGB) - Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB) - Brandstiftung (§ 306 StGB) - Baugefährdung (§ 319 StGB) - Gewässer- und Bodenverunreinigungen (§§ 324, 234a StGB) - unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§326 StGB) die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde. Ich/Wir erkläre (n), dass ich/wir in den letzten Jahren nicht - gem. § 21 Abs. 1 oder 2. i.V.m § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11 des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes
---	---

	- § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch - §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes - § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind oder - gem. § 21 Abs. 1 i. V.m § 23 des Arbeitnehmerentsendegesetzes mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.	
Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt ist, sowie sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen.	Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.
Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse vorlegen.	
Angabe, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat.	Ich bin/Wir sind Mitglied ☐ der Berufsgenossenschaft unter Nummer: ☐
Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.	

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen der Eigenerklärungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung durch die Vergabestelle vorgelegt werden müssen.

Ebenfalls mit meiner Unterschrift bestätige ich den Erhalt des Informationsblattes nach Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO).

Datum und Ort

Unterschrift/Firmenstempel

Hinweis:

Bei Teilnahme am elektronischen Vergabeverfahren ersetzt die Textform (falls gefordert: die elektronische Signatur) die händische Unterschrift.